

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 80011

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 12. Mai 2015

PM: JA zum Streik! JA zur Solidarität! – mit den Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsberufen!

Die Eingruppierungsmerkmale für die MitarbeiterInnen der Sozial- und Erziehungsberufen sind seit 1991 nicht mehr verändert worden. Eine höhere Eingruppierung und somit die Anpassung der Gehälter ist daher zwingend notwendig, auch um dem zunehmenden Fachkräftemangel in diesen Bereichen entgegen zu wirken.

Die Anforderungen an Beschäftigte in Einrichtungen für Behinderte, an Heilpädagogen, Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen im allgemeinen Sozialdienst, in Jugendzentren, an offenen Ganztagschulen sowie in Heimen für Kinder und Jugendliche und nicht zu vergessen in den Kitas sind enorm gestiegen, was sich zwingend in der Bezahlung niederschlagen muss.

Die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen fordert daher eine umgehende Anpassung der Entlohnung in den Erziehungs- und Sozialberufen und erklärt sich solidarisch mit den Forderungen der Gewerkschaften und der streikenden Beschäftigten.

„Diese anspruchsvolle, pädagogische und für uns alle sehr wertvolle Arbeit muss endlich aufgewertet werden“, so Marika Jungblut, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag und Fraktionsvorsitzende der Linken im Rat der Stadt Baesweiler. „Die Berufe, um die es hier geht, müssen eine höhere Wertschätzung erfahren, denn die Beschäftigten arbeiten mit unseren Kindern, dem Wertvollsten, was wir haben“, ergänzt die dreifache Mutter, die sich an der Kundgebung in Aachen am 11.05. beteiligt hat.

„Allerdings dürfen die Eltern der Kindergartenkinder nicht finanziell von den Arbeitskämpfmaßnahmen getroffen werden. Daher sollten die Kommunen, die die Kita-Beiträge auch während des Streiks kassieren, ohne Gehälter zahlen zu müssen – in diesem Falle die Städteregion – den Eltern zumindest die Beiträge erstatten“, so Fraktionsgeschäftsführer Harald Siepmann. DIE LINKE wird für den städteregionalen Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 20. Mai eine entsprechende Anfrage stellen.